

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

162 (15.7.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, der bei Nichterhaltung der Anzeigen, bei gerichtslicher Entscheidung und bei Konturs außer Kraft tritt o. Gefälligkeits- und Geschäftsbesorgung 10 Pfennig. L. Z. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Ober Zulassung 2.20 Mark o. Durch die Post 2.60 Mark o. Glaszeitung 15 Pfennig o. Erschließung 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postzeitung 2850 Mark o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 1. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volksfreund-Verlag: Durlach, Hauptstraße 9; Z.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Kolonnenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 162

Karlsruhe, Dienstag, den 15. Juli 1930

50. Jahrgang

Brüning auf Abwegen

Der gerade Weg zum Verfassungsbruch

Die hinter der Regierung stehenden Fraktionen des Reichstags haben am Montag dem Deckungsprogramm mit der Regierung zugestimmt. Der Gegenentwurf ist inzwischen etwas abgeändert worden. An der sozialdemokratischen Beurteilung der Kopfsteuer wird durch die inzwischen beschlossene Änderung nichts geändert. Der Widerstand der Sozialdemokratie gegen den Gegenentwurf wird nicht geringer sein als gegen den alten. Die Voten, die durch die Abstimmung im Ausschuss in das Regierungsprogramm gerissen worden sind, sollen durch Initiativanträge dieser Parteien ausgeglichen werden. Die Wirtschaftspartei hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, in dem die Reichsregierung ersucht wird, den Reichspräsidenten für den Fall der Ablehnung der Deckungsvorlagen und der Vorlage über die Revision des Erwerbslosen- und Krankenversicherungs- und der Ausgabenentlastungsbestimmungen um die Auflösung des Reichstags zu bitten.

Am Dienstag steht nun die zweite Lesung der Deckungsvorlage auf der Tagesordnung der Plenarsitzung des Reichstags. Der Reichstag wird die Debatte mit einer Rede einleiten, in der er noch einmal an das Parlament appellieren und gleichzeitig auf die Folgen aufmerksam machen wird, die eine Ablehnung der Vorlage nach sich ziehen würde. Er wird, wie erwartet werden kann, die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung ausdrücklich für den Fall des Nichtzustandekommens einer parlamentarischen Mehrheit in Aussicht stellen.

Der Reichstanzler hat wieder mit den Sozialdemokraten noch mit den Deutschnationalen Fühlung genommen. Er ist nicht in eine Prüfung der Frage eingetreten, ob und unter welchen Bedingungen eine sichere Mehrheit für die Sanierung der Finanzen zu haben sein würde. Er hat insbesondere die sehr klaren und nicht mißzuverstehenden Aufforderungen der Sozialdemokratie unberücksichtigt gelassen. Er nennt das den „geraden Weg“ gehen.

Nun wird alles davon abhängen, ob die deutschnationalen Fraktion sich im letzten Augenblick noch entschließt, zu den Truppen der Regierung zu stoßen. Daß die Sozialdemokratie das nicht tut, und den unänderlichen Vorlagen der Regierung zustimmen wird, wagt heute niemand der optimistischen Propheten in der Regierungspartei mehr in Aussicht zu stellen. Dafür aber konstruiert man jetzt eine andere Möglichkeit. Man kolportierte am Montag im Reichstag das Gerücht, die Sozialdemokratie werde einzelne ihrer Mitglieder als Kommandieren, aber es würde ein Teil Mitgliedern der Abstimmung fern bleiben, um dem Kabinett aus der Verlegenheit zu helfen. Die Hugenbergpresse wußte sogar die genaue Zahl dieser Retter anzugeben, nämlich 40. Dies ist erstunken und verlogen. Schon unter dem

11. Juli hat der sozialdemokratische Fraktionsvorstand sämtliche Mitglieder dringend aufgefordert, jeden Tag anwesend zu sein. Diese Mahnung hat er am Montag wiederholt. Es scheint, als ob sich diese Leute merkwürdigen Illusionen über die Absichten der Sozialdemokratie hingeben, und als ob sie sehr sonderbare Vorstellungen von den Stimmungen im Lande draußen haben. Sie dürften sich täuschen.

Wit so großer Sorge die Sozialdemokratie um der Zukunft des Staates willen die Anwendung des Artikels 48 auch immer sieht — sie ist nicht gewillt, sich unter das laudinische Joch zu beugen, und um einer verfassungswidrigen Diktatur zu entgehen, einem jede Verhandlung ablehnenden Kabinett zu gehören.

Nicht minder selbstverständlich ist, daß die Sozialdemokratie sofort nach der etwaigen Verordnung den Antrag auf Aufhebung einbringen wird. Dann wird sich herausstellen, ob den Deutschnationalen die Opposition gegen das Kabinett Brüning wichtiger ist, als die Geltung über die Verletzung des parlamentarischen Systems und ihre Angst vor Neuwahlen.

Herr Brüning will, wie gesagt, den „geraden Weg“ gehen. Er muß sich im Klaren darüber sein, daß es der gerade Weg zum Verfassungsbruch und damit zu einer Unterminierung des demokratischen Staatswesens ist.

heute Entscheidung

Berlin, 15. Juli (Mittwoch). Von maßgebender deutscher nationaler Seite wird zu der bevorstehenden heutigen Debatte über die Deckungsvorlagen der Reichsregierung u. a. folgendes mitgeteilt: „Die Regierung Brüning ist gegen die deutschnationalen gebildet worden. Einer ihrer Hauptzwecke war die Zerschlagung der deutschnationalen Partei. Das ist in Klugheit und mit großer Energie geschehen. Jetzt sollen ausgerechnet die Deutschnationalen die Regierung Brüning aus ihrer selbstverschuldeten Lage retten? Von rechts her wird das Kabinett am Ende dieser Woche seine Mehrheit nicht haben. Die Mehrheit wird in der Stunde vorhanden sein, in der die Lösung vom Marxismus in Preußen vollzogen ist.“

Von anderer Seite wird mitgeteilt: Es ist wahrscheinlich, daß einige deutschnationale Abgeordnete entgegen dem Fraktionsbeschluss mit den Regierungsparteien notieren werden. Aber jene große Front gegen die offizielle Fraktionsführung, die der Reichstag wie im Frühjahr bei dem Taktum zwischen Steuer- und Marinarvorlage erlebt, wird sich kaum wiederholen. Selbst die ärmlichste Schöpfung geht bis zu 20 deutschnationalen Stimmen und die werden nicht ausreichen, wenn das Grob der Deutschnationalen mit den Sozialdemokraten und den Kommunisten, mit den Nationalsozialisten und vielleicht auch mit der christlichen Bauernpartei die Regierungsvorlage ablehnt.

Er erklärte am Montag zu seiner Entschuldigung, daß er zu seinen Verfügungen, über den Reichspräsidenten bzw. den Reichswehrminister auf Grund seiner Befürre nationalsozialistischer Zeitungen und Bücher gekommen sei. Im übrigen behält er die Freizügigkeit, vor Gericht zu behaupten, daß er den Wahheitsbeweis für die Berechtigung seiner Reichsimpfungen antreten werde.

Nationalfeierstag in Frankreich

Paris, 14. Juli (Eig. Draht). Der französische Nationalfeierstag vom 14. Juli ist am Montag mit einem militärischen Prunk gefeiert worden, wie er seit dem Kriege nicht mehr üblich war. Außer den Regimenter der Pariser Garnison mit ihren Tanks, ihren Autogeschützen und ihrer „motorisierten“ Kavallerie, nahmen an Ehren der Jahrhundertfeier der Eroberung Algiers mehrere Abteilungen in der Uniform der alten afrikanischen Armee an der Parade teil.

An sich wirkt sich die Festfreude der Pariser in weniger kriegerischen Kundgebungen aus. Seit zwei Tagen tanzt ganz Paris unerschütterlich auf den Straßen und Plätzen. Am Montag war das Tanzen und der Prunk kein Ende mehr. Am Mittwoch wurden, wie üblich, die Grattvorstellungen der Staatstheater gefeiert. Abends bewundert man das offizielle Feuerwerk und tanzt weiter zu Ehren des Volkstanzes bis in die frühen Morgenstunden.

In Strasbourg wo der kommunistisch-autonomistische Stadtrat jede offizielle Feier abgelehnt hat, kam es am Montag zu einer Parade. Damit die Strasbourg aber nicht allzuweh das fehlende Feuerwerk und die Beleuchtung des Münsters vermisten, veranstaltete die Garnison ein Kleinfest.

Schwarze Liste Mussolinis

Die Libera Stampa in Lucca hat mit der Veröffentlichung der schwarzen Liste der Antifaschisten begonnen, in der u. a. der Sekretär der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Friedrich Adler, der österreichische sozialdemokratische Abgeordnete Anna Belsch und die bekannte aus Triest stammende deutsche Dichterin, ein Angehöriger der preußischen Dichteralademie, der sich politisch nie betätigt hat, der expressionistische deutsche Dichter Dr. A. Wulfenbech, aber gar Georg Kaiser, und der ungarische Expressionist Andor Remeth.

Volkspartei fordert Heraushebung des Wahlalters

Die Deutsche Volkspartei hat am Montag einen Antrag eingebracht, das Wahlalter von 20 auf 25 Jahre heraufzusetzen.

Falsche Wirtschaftspolitik

Die widersinnige Reichsbahntarifierhöhung

Das Konjunkturforschungsinstitut beschäftigt sich in einer längeren Abhandlung mit dem Problem der Lohnsenkung und die Auswirkungen niedriger Löhne auf die Märkte. Es kommt zu dem Schluß, „daß jede lohnpolitische Maßnahme, die nach einer Richtung hin getroffen wird, in ihrer konjunkturpolitischen Wirkung wegen der doppelten Funktion der Löhne ins Gegenteil ausgeschlagen kann. Senkung der Löhne bedeutet — nach der Kostenseite hin — Erleichterung der Kosten, bietet somit die Möglichkeit, die Preise zu senken und würde dadurch den Absatz fördern, wenn nicht gleichzeitig durch eine Senkung der Löhne auch eine Schwächung des Binnenmarktes eintreten würde. Bei sinkenden Preisen würde ein Gleichbleiben der Löhne gar eine Lohnsenkung andererseits den Binnenmarkt stärken, den Absatz der Konsumgüterindustrie anregen und so die Voraussetzung für neuen Aufschwung stiften, wenn nicht gleichzeitig durch die Senkung der Preise gebremmt werden würde, die ebenfalls eine der Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung bildet.“

Ein stimmigeres Urteil ist über die Lohnsenkungspolitik des deutschen Unternehmertums, für das sich ja auch die Reichsregierung einsetzt, bisher wohl kaum gefällt worden. Es ist, wie das Institut für Konjunkturforschung besonders betont, unmöglich, die Wirkungen einer Lohn- bzw. Preissenkung quantitativ genau durchzurechnen, weshalb, so wird weiter gefolgert, „gemeingültige Grundzüge hier nicht aufgestellt werden können und daß von generellen Regelungen Wirkungen auszugehen vermögen, die konjunkturpolitisch unseres Erachtens gerade das Gegenteil dessen bewirken, was beabsichtigt.“ Hoffentlich wird die Regierung diese Warnung verstehen und beherzigen.

Die gegenwärtige Krise ist eine ausgesprochene Rationalisierungs- und damit Abschaffungs-Krise. Wenn man positive Konjunkturpolitik treiben will, muß man das Problem von der Seite eines erhöhten Absatzes auffassen. Das erfordert möglichst diegeiliche Behandlung des Arbeitseinkommens, das ja den größten Teil des Volkseinkommens ausmacht. In Krisenzeiten, wie wir sie gegenwärtig auf Grund einer verfehlten Rationalisierung haben, muß eben die Kapitalbildung vorübergehend zugunsten einer Aufrechterhaltung der Absatzmärkte eingeschränkt werden. Das geht nur auf dem Wege einer Verminderung der Profitquote. Die Profitquote, der Verdienst pro Wareneinheit, ist während der Krise gesunken. Hier müßte eine Reduzierung zur Belebung des Absatzes erfolgen.

Diese Feststellungen zeigen, wie verfehlt die Tarifierhöhungspolitik der Reichsbahn ist. Die von der Reichsregierung genehmigte Personentarifierhöhung, die am 1. September in Kraft tritt, bringt eine große Mehrbelastung des Massenverkehrs. Die Kilometerpreise für die Holzklasse sind um 8 Prozent heraufgesetzt worden, die Wochen- und Monatskarten um 10–15 Prozent erhöht worden. Die Verteuerung beträgt für den Arbeitnehmer, der die Reichsbahn zum Erreichen seiner Arbeitsstelle benutzen muß, je nach der Entfernung 0,80 bis 2,40 pro Monat. Während so der Massen- und Berufsverkehr beträchtlich verteuert worden ist, ist für die Postklasse und die 1. Klasse nur eine minimale Erhöhung um circa 3 Prozent der jetzigen Kilometerpreise vorgesehen worden. Die jetzige Tarifierhöhung trägt also einen ausgesprochen unsozialen Charakter und bedeutet in einer Zeit verringerter Löhne und Gehälter, in der die Regierungstreife für den Lohnabfall eintreten, eine wirtschaftspolitisch wie sozialpolitisch nicht zu verantwortende Maßnahme.

Es versteht sich von selbst, daß in einer schweren Wirtschaftskrise, in der die Wirtschaft darniederliegt und die Lebenshaltung aufs äußerste gedrückt ist, Tarifierhöhungen, wenn irgend möglich, vermieden werden müssen. Nun ist auf der anderen Seite nicht zu verkennen, daß die Reichsbahn von der Wirtschaftskrise auch betroffen worden und ein beträchtlicher Einnahmefall eingetreten ist. Dessen Einnahmefall stehen aber auch erhebliche Ausgabenminderungen gegenüber. So sind nach Angabe des Einheitsverbandes der Eisenbahner allein die Personalausgaben durch die Entlassungen von 30 000 bis 40 000 Arbeitern um 60 bis 80 Millionen Mark verringert worden; dazu kommen noch Ersparnisse durch die zahlreich eingeleiteten Feiertagsfahrten in den Werkstätten. Die Sachausgaben haben sich naturgemäß infolge der rückgängigen Verkehrsleistung verringert und endlich kann und muß der Preisabbau bei der Reichsbahn, die alljährlich für 1½ Milliarden Mark Aufträge an die Industrie verleiht, nicht spurlos vorbeigegangen sein. Wenn die Reichsbahn auch nur im Durchschnitt eine Prozenteige Preissenkung beim Einkauf ihrer Materialien, Fahrzeuge usw. durchsetzen könnte, so würde sie damit 75 Millionen Mark ersparen, also mehr als ihr die jetzige Erhöhung der Personentarife (45 Millionen pro Jahr) erbringen soll.

Dabei ist das Reichsbahndefizit gar nicht so beträchtlich, wie es in der Öffentlichkeit dargestellt wurde, und die Reichsbahn hätte sich durch die genannten und noch andere Betriebsersparnisse sowie unter Heranziehung ihrer großen Reserven auch ohne die rückfällige Mehrbelastung des Massenverkehrs durchhalten können. Außer dem bestehen aber auch noch andere beträchtliche Einsparungsmöglichkeiten. Von der Eisenbahnerchaft ist immer wieder die Abschaffung des Systems der Leistungsprämie gefordert worden, für die die Reichsbahn alljährlich viele Millionen Mark ausgibt. Seit melden sich sogar die bürgerlichen Blätter, u. a. die Kölnische Zeitung, in dieser Frage zum Wort und kritisieren dieses System aufs schärfste und fordern seine sofortige Beseitigung. Zur Frage der enormen Gehälter der oberen Reichsbahnbeamten hat der Verkehrsminister erst vor wenigen Tagen bekanntgegeben, daß schon nach den vorhandenen Informationen feststehe, „daß die Gehälter der oberen Reichsbahnbeamten ein vielfaches der Besolde der höchsten Reichsbeamten betragen“.

Wird Sachsen thüringisch?

Die Verteilung des Bärenfelles

Dresden, 14. Juli. (Eig. Draht). Die sächsischen Rechtsparteien von der Volkspartei bis zu den Nationalsozialisten haben sich am Montag auf die Kandidatur des deutschnationalen Wirtschaftsministers Kraus von Ribba als Ministerpräsident geeinigt. Die Rechtsparteien verfügen aber nur über 46 von 49 zur Wahl notwendigen Stimmen. Selbst wenn ihnen die zwei Volksparteien Solidarität leisten würden, dürften sie es nur auf 48 Stimmen bringen. Man nimmt deshalb an, daß die Wahl des Ministerpräsidenten am Dienstag nicht erfolgt.

Dresden, 15. Juli. (Mittwoch). Die Rechtsparteien haben das Bärenfell bereits unter sich verteilt, ehe der von ihnen präferierte Kandidat für die Ministerpräsidentenschaft gewählt ist und ehe sie überhaupt wissen, ob die Wahl ihrem Kandidaten jemals gelingen wird. Sie sind dahin übereingekommen, dem als Ministerpräsidenten in Aussicht genommenen Deutschnationalen Kraus von Ribba für den Fall der Wahl zugleich das Wirtschaftsministerium anzuvertrauen. Die Verwaltung des Innenministeriums soll mit der des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums der Nationalsozialisten Kraus übernehmen. Als Justizminister ist der Volksparteiler Dr. Wallner-Weipig in Aussicht genommen. Die Volkspartei soll zu ihrem Trotz das Volksbildungsministerium erhalten.

Oberkanonier beleidigt Hindenburg

Die Folge nationalsozialistischer Rhetorik

Güstrum, 14. Juli. (Eig. Draht). Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich am Montag der Oberkanonier Ritter aus Güstrum wegen Beleidigung des Reichspräsidenten, des Reichsministers und des Generals Heene zu verantworten. Der Angeklagte wurde aus der Untersuchungshaft vorläufig freigelassen. Die Verhandlung wurde aus Rücksicht auf den Angeklagten, da nach einer größeren Anzahl Zeugen geladen werden sollen.

Ritter hat kürzlich in Schmerin an einer nationalsozialistischen Kameradschaft teilgenommen. Im Verlauf eines Gesprächs mit dem unterzeichneten, weil er zu wenig Mann sei, und General Heene habe beim Ankommen des Kaiserreichs erklärt, der Kaiserreich habe nur auf dem Boden. Auch bezüglich des Generals Heene hat der Angeklagte mehrere abfällige Neußerungen gemacht.

Bei diesen vorhandenen großen Reserven und Ersparnismöglichkeiten hätte die Reichsregierung unter keinen Umständen die Aufhebung neuer Lasten durch Erhöhung der Personentaxen zulassen dürfen. Der Reichsverkehrsminister hat jedoch der Reichsbahn geradezu diesen Weg gewiesen, indem er auf der letzten Sitzung des Eisenbahnrats, ohne im geringsten den Entschiedenheiten vorzuzugreifen zu wollen, eine allgemeine Erhöhung der Personentaxen anempfiehlt. Diese Maßnahme wird aber auch fiskalisch nicht den erwarteten Erfolg haben. Schon die letzte Personentaxerhöhung vom Oktober 1928 hat die tragbaren Grenzen überschritten; statt des erwarteten Einnahmehüberschusses von 50 Millionen Mark ist infolge Einschränkung der Reisen ein Einnahmehindefuß von 35 Millionen Mark eingetreten. Auch diesmal wird die unausbleibliche Folge der Taxierhöhung ein weiterer Verkehrsrückgang sein.

Es ist auch irreführend, wenn die Reichsbahn immer wieder behauptet, daß die Personenbeförderung sehr beträchtliche Zuschüsse erfordere. Bis heute sind hinreichende Beweise dafür nicht erbracht worden. Eine exakte Aufteilung der Kosten für den Personen- und für den Güterverkehr ist wahrscheinlich überhaupt nicht möglich. Im übrigen hat in den letzten Jahren die größte Mehraufwendungen der D-Zug- und Expressverkehr erfordert, der infolge der beschleunigten Geschwindigkeit der Züge große Kosten für die Verbesserung des Oberbaues erforderlich machte. Da die Reichsbahn entsagen ihren, bei der vorletzten Tarifsteigerung gegebenen Versprechen, die 1. Klasse abzuschaffen, diese dennoch in allen wichtigen Fernzügen weiterlaufen läßt, müßten nach der Ermäßigung des Preises für

die 2. Klasse große Aufwendungen für neue Wageneinstellungen gemacht werden. Gerade die höheren Klassen und der D-Zugverkehr werden von der Reichsbahn auf unverständliche Weise gesont und alle Maßnahmen auf den Massenverkehr abgewandt.

Wir glauben also nicht, daß der Personenzugverkehr der Holzkasse für die Reichsbahn Zuschüsse erfordert. Aber selbst wenn dies so wäre, dürfte die Reichsbahn nicht diesen Massenverkehr noch weiter belasten, da die jetzigen Tarife schon die sozial tragbare und fiskalisch zweckmäßige Höhe überschritten hat. Allen in der Öffentlichkeit erbobenen Vorstellungen zum Trotz hat die Reichsregierung trotzdem diese unsolide, wirtschaftlich schädliche und fiskalisch nutzlose Taxierhöhung angeregt und genehmigt. Diese Maßnahme reißt sich würdig in den von der Regierung Brüning verfolgten Kurs ein.

Etwas Gutes hat aber die Personentaxerhöhung doch an sich. Sie zeigt, daß die Reichsregierung ihre Preisentlastungspläne selbst nicht mehr ernst nimmt — wenn sie sie überhaupt jemals ernst genommen hat. Im Unternehmerlager empfindet man unangenehm das Bemühen dieses Vorganges. So erklärt die Königlich Preussische Personentaxerhöhung sei ein schwerer Fehler, vor allem in psychologischer Hinsicht. Allen Anschein nach habe der Einnahmehindefuß bei Beginn der Reichsregierung Angst und Schrecken eingejagt. Auf der anderen Seite habe sich die Regierung dem Drängen der Reichsbahn, auf die sie bei der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms gerade nicht angewiesen sei, fügen müssen. Wie dem aber auch sei, so viel steht fest, daß mit dieser neuen Verteuerung der Preis- und Lohnabkassaktion bestimmt kein Dienst erwiesen worden ist.

Freistaat Baden

„Museumsbestände, die ans Licht sollen“

In der Freiburger Zeitung hat ein sogenannter Kunstsachverständiger, zuletzt wieder am 29. Juni d. J., gegen die von der Regierung des Landes geübte Kunstpflege allerlei Kritik geübt und dabei die Forderung erhoben, die in Karlsruhe angeammelten Museumsstücke müßten im Lande verteilt werden. Die für die Landesantiquarische Verwaltung Verantwortliche Unterrichtsverwaltung hat auf diese Angriffe nicht geantwortet.

Wie uns Minister Kemmle hierzu mitteilt, unterließ die Unterrichtsverwaltung in der Hauptsache deshalb, weil es sich bei dem Freiburger Kritikus um einen Mann handelt, der sich ein Sachurteil anmaßt, das auf völliger Verkennung der Verhältnisse beruht. Der Mann weiß nicht, daß die großen Städte des Landes alle recht beachtenswerten Sammlungen von Kunstgegenständen besitzen haben, für deren zweckmäßige Aufstellung ihnen die besten noch die erforderlichen Räume fehlen. Ein Versuch des verteilten Unterrichtsministeriums, mit einer Stadt des Landes zu einem Austausch zweier geschlossener Sammlungen zu gelangen, um auf diese Weise die beiderseitig vorhandenen gleichartigen Sammlungen vervollständigen und je eine davon nur in einer Stadt zu setzen, scheiterte trotz des guten Willens der hiesigen angelegenen Stadtverwaltung an dem bestehenden Raummanuel. Für die Beschaffung solcher Räume fehlt eben jetzt das Geld.

Schließlich aber weiß der Freiburger Kritiker auch nichts von der Tatsache, daß sich die Stadtverwaltungen in Kunstangelegenheiten von der Landesverwaltung gar keine Vorschriften machen lassen. Für sie handelt es sich hier in der Tat um ein weitestgehendes Stück der freien Selbstverwaltung. Das Land könnte bei dieser Sachlage zur Mitarbeit bei den vorhandenen städtischen Museen nur kommen, wenn es in der Lage wäre, mit erheblichen Geldmitteln einzugreifen.

Der frühere Unterrichtsminister Dr. Leers gibt nun in der Bad. Presse (Nr. 31 vom 9. Juli) auf die Freiburger Schreibweise ein, wobei er den Versuch macht, dem Gedanken einer Verteilung der Karlsruher Sammlungen auf die Städte des Landes zu widersprechen. Herr Leers plaudert dabei einiges aus, worüber in einigen Wochen nach vollzogener Durchführung verschiedener Arbeiten hätte amtlicherseits berichtet werden sollen. Wie uns durch Genossen Kemmle bestätigt wird, findet gegenwärtig in der Drangerie die Wiederanstellung der seit vielen Jahren in den Depots untergebrachten Gipsabgüsse statt. In den Kunsthallen werden die verstaubten Ecken geleubert. (Herr Leers meint, das sei eine gute, aber eine solche zweiter Wichtigkeit) und außerdem wird das Kastaster Schloß aus den Vorküchen in Karlsruhe abgebaut und in Karlsruhe abgebaut. Die Kunsthalle wird für diesen Zweck die sog. vaterländischen Bilder ausbehalten und das Landesmuseum eine größere Sammlungsstätte und sonstige zur Verfügung in der Depots ruhende Kunstgegenstände. Das Museum in Karlsruhe wird in Kauffelder Verwaltung stehen und die von Karlsruhe abgedachten Gegenstände sind als Leihgaben zu betrachten, die jederzeit, je nach Bedarf, wieder zurückgebracht oder ausgetauscht werden können.

Seit dem Jahre 1919 lagern in einem Depot zirka 20 kunstwertigste Zimmer, Decken, Wandverkleidungen, die dem Unternehmenseigentum angehören, wenn sie nicht bald Verwendung finden. Diese Zimmer kommen meist aus Tirol und der Schweiz. Minister Kemmle hat sich die Zustimmung der Regierung gesichert, daß diese Zimmer gegen andere Kunstgegenstände ausgetauscht werden können, wie er überhaupt kurz entschlossen, alle die jetzt in Frage kommenden Umgestaltungen in die Wege leitete.

Herr Leers will nun aber diese Dinge nicht nur in engeren Kreisen aufzählen, sondern sie öffentlich bekannt machen, was natürlich wegen der Natur dieser Dinge nicht zu empfehlen ist. Die Natur dieser Dinge ist es, daß sie nicht nur in der Drangerie, sondern auch in den Depots lagern. Die Natur dieser Dinge ist es, daß sie nicht nur in der Drangerie, sondern auch in den Depots lagern. Die Natur dieser Dinge ist es, daß sie nicht nur in der Drangerie, sondern auch in den Depots lagern.

Herr Leers deutet an einer Stelle seines Artikels an, warum er jetzt erst seitens des Finanzministeriums für weitere Raumbeschaffung Interesse bekundet wurde. Auch diese Frage läßt sich beantworten. In dem es seitens der Unterrichtsverwaltung möglich war, den gewaltigen Raumbedarf der Kunsthallen im Finanzministerium für die Friedigung seiner dienstlichen Interessen entgegenkommen zu lassen, wurde es umso mehr, als möglich, die bisher magazinierten Museumsgegenstände aus den dunklen Lagerräumen heraus zu nehmen. Noch sind nicht alle Abträge auf diesem Gebiet der Reformen in der praktischen Ausführung gelangt. Bleibt für eine ruhige Arbeit eine gewisse Spanne Zeit, ohne daß eine vorzeitige und eine demgegenüber störende Störungen hervorruft, dann werden sich diese Maßnahmen freuen können darüber, was uns unsere Vorfahren an Kunstschätzen hinterlassen haben. Dieses Kulturgut den Menschen wieder zugänglich zu machen, auch wenn die Geldmittel recht knapp sind, ist jetzt das Gebot der Stunde.

Wie stehts mit der Milchverforgung?

Württembergische Tagesschriften berichten darüber folgenden: Eine Lehre für die badische Milchwirtschaft. Gegenwärtig ist zu beobachten, wie täglich die Milchlieferungen aus Württemberg in Baden nach badischen Städten abfallen. Empfänger sind vornehmlich die Städte Mannheim und Karlsruhe, sowie die oberbayerischen Milchzentrale in Adolfszell. Diese Erscheinung ist besonders bedauerlich, weil nach vor wenigen Wochen von landwirtschaftlichen „Sachverständigen“ in Baden mit großem Nachdruck erklärt wurde, die Milchverforgung der badischen Städte könne durch die Produktion in Baden leicht gedeckt werden. Es wurde behauptet, daß die Milchproduktion der badischen Städte gerade, weil diese Städte an diese landwirtschaftlichen Zustufungen nicht angeschlossen sind, deshalb die regelmäßige Zufuhr von Milch besonders aus den württembergischen Gebieten nicht ausreicht, daß die Städte recht haben und die Milchwege, die heute aus Württemberg nach Baden führen, sind ein bestmöglicher Beweis für die irtümliche Ansicht der landwirtschaftlichen Sachverständigen, die meinten, ohne württembergische Milch auskommen zu können, welche Situation wären jetzt die Städte gekommen, wenn sie auf die Milchportale in Württemberg und Baden hätten zugreifen können? Diese Vision müßte geronnen, um über die Ueberzeugung zu befestigen, daß die Verorgung der badischen Städte mit Milch nur durch eine Verbindung mit dem württembergischen Erzeugungsgebiete als gesichert angesehen werden kann.

Mängel im Osthilfegesetz

Gesetz über endgültigen Reichswirtschaftsrat gefallen — Sozialdemokratischer Erfolg bei Angabe des Brotgewichts

Berlin, 14. Juli. (Sig. Draht). Der Reichstag überdies am Montag nach einer kurzen befristeten Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Lipinski und einer ablehnenden Rede des deutschnationalen Abg. Leopold das Bauvertrages 1930 dem Ausschuss zur Weiterberatung. Es handelt sich um einen Gesetzentwurf, der die Reichsregierung ermächtigt, bis zu hundert Millionen Mark als Darlehen an die Deutsche Bau- und Wohnbank A.G. oder an andere Kreditanstalten zu geben, die die Förderung des Straßenbaus

pflegen. Die Vorlage will die Arbeitslosigkeit vermindern. In der Begründung wird insbesondere darauf verwiesen, daß Ende Mai im Baugewerbe noch 40,5 vom Hundert arbeitslos waren, während die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe in den beiden letzten Vorjahren nur 12,4 und 9,5 vom Hundert betrug.

Beratung des Osthilfegesetzes

Namens der Sozialdemokratie nimmt hierzu

Abg. Stelling (Soz.)

das Wort. Er bedauert, daß das letzte Osthilfeprogramm beinahe nur auf die Not der Landwirtschaft Rücksicht nehme und insbesondere dem Grochrandbereich zu helfen abenke. Stelling verlangt, daß die Hilfsmaßnahmen dem gesamten Wirtschaftsleben insbesondere auch dem Eisenbahnbau und sonstigem Verkehr zugute komme. Im Ostprogramm ständen jetzt 800 Millionen für die Landwirtschaft und nur 180 Millionen für Bahnbauten und noch kleinere Summen für Handel und Gewerbe. Das sei

keine gerechte und zweckmäßige Verteilung. Sehr eindringlich schilderte Stelling besondere Notstände. So lägen auf der Oder unterhalb Breslau bis zur Mündung nicht weniger als 1800 Rübe fest. Die Sozialdemokratie verlange, daß die Oder in weitem Maße schiffbar gemacht werde. Wie trotzdem die Wirtschaftsverhältnisse in einem Teil Schlesiens sind, beweist die Tatsache, daß

eine Glasfabrik in Seitenberg, Kreis Glatz ihren Arbeitern noch 100 000 Mark Lohn schuldig ist.

Stelling warf den schlesischen Unternehmern vor, daß diese vielfach die patriotische Haltung der Arbeiter im Abkommenskampf durch Lohnsenkungen schlecht dankten. Die Schulverhältnisse im Osten seien auch schlimm. Es gäbe Orte, wo die Kinder bei jedem Wetter gezwungen seien, im Freien zu warten, bis der Lehrer einen Teil der anderen Schüler nach Hause schickte, um Raum für die neue Klasse zu schaffen.

Der deutschnationalen Redner Kleiner ließ sich auf solche Wünsche nicht ein. Er sprach von den Tönen und Phrasen einer machtvollen Außenpolitik. Offenbar verwechselte er den Deutschen Reichstag mit einer Stahlhelmparade. So redete er von der Teufelsküche durch die im Osten die Grenzsetzung geschaffen worden sei. Obwohl Stelling, mit vollem Recht nach dem Osten hatte, wie gerade die deutsch-polnische Handelspolitik die Wirtschaft in Schlesien schädliche, trat Kleiner für eine Art Stillstandskrieg in dem deutsch-polnischen Handelsverhältnis ein. Der Zentrumssabg. Dr. Berntius wies die Behauptungen Kleiners zurück, daß die deutsche Regierung für den Osten nichts tue.

Abg. Mertins (Soz.)

gab dann zahlenmäßig den Beweis, daß Dr. Kleiner ins Blaue hinein phantasiert hat. Von den 250 Millionen Mark, die dem

Osten speziell zugewandt sind, habe 240 Millionen die Regierung Miller bewilligt. Freuchen mit seiner sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung hat insgesamt eine Milliarde und 50 Millionen für den Osten aufgewendet. Das sind Summen, denen gegenüber sich das hohenzollernsche Preußen verziehen muß. Mertins verlangt

genaue Kontrolle über die Verwendung dieser Milliarden. Tatsache sei, daß erst jeder 600ste Kleinbetrieb, aber schon jeder sechste Großbetrieb notleidend sei. Die Reichsregierung dürfe

Großbetriebe nicht küssen, wenn sie nicht zu halten seien. Die Not des Ostens sei allgemeine Grenzlandsnot und nicht landwirtschaftliche Not.

Der deutsche Volksparteiern von Reimhagen beehrte den deutschnationalen Schwärmer Dr. Kleiner dahin, daß man nicht zugleich Handelskrieg mit Polen und gewaltige Subventionen vom Reich für den Osten fordern könne. Der Kommunist Hörneke stieß natürlich auch in dem Osthilfegesetz wieder eine Vorberingung an einem Krieg gegen Sowjetrußland.

Um 18 Uhr wurde die Aussprache unterbrochen, damit die Anträge

Abstimmungen

vorgenommen werden konnten.

Der Gesetzentwurf über höhere Zinsen für Aufwertungshypotheken wurde angenommen.

Mit einiger Spannung wurde die Abstimmung über den endgültigen Reichswirtschaftsrat erwartet. Es stimmten 234 Abgeordnete für den Gesetzentwurf, 162 dagegen, 2 Abgeordnete enthielten sich. Da die verfassungsmäßige Mehrheit nicht erreicht wurde, ist

der Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat gefallen.

Es bleibt einzuweisen bei dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Das negative Ergebnis wurde durch zwei Regierungsparteien verschuldet. Die Wirtschaftspartei und die Christlich-Nationalen, die gegen das Gesetz stimmten, weil es

wünsche einiger Berufsgruppen nicht erfüllt werden konnten. Wieder einmal zeigt sich die Schwäche der gegenwärtigen Regierungskoalition und die mangelnde Führung durch den Reichsführer. Er hat weder sein Kabinett noch die Regierungsparteien in der Hand.

Die Abstimmung über den Vermahlungsanspruch brachte der Sozialdemokratie einen Erfolg. Es gelang ihr, den Antrag, der verlangt, daß

das Gewicht auf jedem Laib Brot angegeben werden muß, mit 200 gegen 190 Stimmen bei 8 Enthaltungen durchzusetzen. Dieser sozialdemokratische Antrag war bei dem Roggenbrot

geleitet mit einer Stimme Mehrheit zu Fall gebracht worden. Das gesamte Gesetz über den Vermahlungsanspruch wurde mit 208 gegen 146 Reichstimmern bei einer Enthaltung angenommen.

Dann wurde die Sitzung auf Dienstag, 15. Juli, vertagt. Auf der Tagesordnung steht die Billigung für die Opfer von Neuere, das Weingeseh, und die Bekämpfungsvorlage. Man nimmt an, daß die beiden erlassenen Vorlagen keine Debatte verurlichen und bald nach Beginn der Reichstagsarbeiten das Wort nehmen wird.

Der Pariser Warenhausbrand

Aus Paris wird uns geschrieben: In den Nouvelles Galeries auf dem Boulevard Bonne-Nouvelle kann der Mensch alles kaufen, was er für seine Bedürfnisse braucht, sofern er über die nötigen Francs verfügt. Vier Etagen ist diese kleine Stadt hoch und es bekommt vom schiden Abendkleid der Pariserin bis zum Kohlenemmer und zum Wandel Haarnadeln jeder das, was er haben will. Wenn also der Abend hereinbricht, flammen die Nouvelles Galeries im Feuer vom dickeren Lichtstrahlen auf, die das riesige Gebäude in tagelichem Licht erstrahlen läßt.

Das alles aber vor einmal. Die Nouvelles Galeries sind, mit all ihrer glänzenden Pracht, ihren Zahrfühnen, ihren Erfrischungsräumen und all dem, was sonst noch zu einem großen Warenhaus gehört, in einer Nacht zum Samstag bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Es ist kurz nach Mitternacht. Der Boulevard Bonne-Nouvelle ist noch recht belebt, als plötzlich um das hohe Gebäude der Nouvelles Galeries brausender Rauchwolken zu stehen beginnen. Rasch wird man aufmerksam. Die Menschen sammeln sich an, Hunderte, Tausende, der Verkehr stockt. Als die Feuerwehr heranzieht, bricht die Flamme schon aus allen Stockwerken. Blutrut ist der Himmel gefärbt, die Flammenzungen haben den gesamten Boulevard in ein feuriges benahtliches Licht versetzt. In den umliegenden Häusern hört man das Klirren der zerplatzten Fenstersteine, die der großen Hitze nicht standhalten vermögen. Als sich ein leichter Wind aufmacht, bricht aus dem lichterloh brennenden Warenhaus ein gefährlicher Funkenflug, der die Nachbarschaft sehr ernstlich gefährdet. Als sich der Wind verhärtet und brennende Stoffe weit in die Umgegend fliegen, müssen einige Häuser vom Dach bis zum Keller geräumt werden.

Inzwischen ist die gesamte Pariser Feuerwehr alarmiert, die aus vielen Kohren gewaltige Wassermengen auf den brennenden Warenpalast und die gefährdeten Häuser der Umgegend schleudert. Volksei jert den Boulevard Bonne-Nouvelle in weitem Umkreis ab, die Menge, die schon auf mindestens 10 000 und mehr Köpfe angewachsen ist, ist in großer Erregung und verliert, den starken Polizeifordern zu durchbrechen. Weiblich ist die ganze Pariser Anwesenheit von der gewaltigen Brandfackel phantastisch beleuchtet, das freilich die Anzeichen der Flamme, die an den Warenhausbeständen übrige Abstrahlung finden, ist in halb Paris zu hören. Als der große, weiblich taende Erdum des Hauses unter furchtelichem Krachen zusammenstürzt, droht eine Panik auszubrechen. Die Feuerwehrleute arbeiten bei unerträglich hoher und immer in der Gefahr, von herunterfallenden Balken und Hausstrümmern getroffen zu werden, feberhaft.

Die Nouvelles Galeries hatten hauptsächlich Angehörige des kleineren Bürgertums zu Kunden, der Schaden, der durch Verflüchtigung bedingt ist, ist schwer abzuschätzen; man spricht von Werten in Höhe von mehr als 30 Millionen Francs, die die Brandkatastrophe vernichtet hat. Die technischen Einrichtungen des niedergebrannten Warenhauses waren leider nicht so auf der Höhe, wie es im Interesse der Sicherheit des Publikums notwendig war. Es ist nicht auszudenken, welchen Umfang die Katastrophe wohl angenommen hätte, wenn das Feuer am hellen Tage in der Hauptverkehrszeit ausgebrochen wäre. Eine polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet. Die Pariser aber wandern in Scharen auf den zur traurigen Verümbtheit gemordeten Boulevard Bonne-Nouvelle und besehen sich die rauchenden Trümmer des großen Warenhauses „Nouvelles Galeries“ . . .

Koheitsakt bei der Krankenversicherungsberatung

Berlin, 15. Juli (Zuntz). Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurden am Montag abend die Beratungen über die Koheitsakt zur Krankenversicherung beendet.

Nach Schluß der Beratungen bearbeitete der Sachverständigenrat nach einem deutschnationalen Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, nimmere auch eine Novelle zur Krankenversicherungsversicherung vorzulegen und diese der versicherten Krankenversicherung anzuschließen.

Udo Aufhäuser (Soz.) beantragte auf Geschäftsordnung gegenüber diesem Koheitsakt, der einen Tag nach der Beilegung der Oster von Neurode vorgenommen werden soll, Übergang zur Tagesordnung. Es wurde so beschlossen.

Illegale Arbeit des Stahlhelm

Köln, 15. Juli (Zuntz). Die Rheinische Zeitung veröffentlicht in ihrer heutigen Ausgabe ein Rundschreiben des Kölner Stahlhelm, das beweist, wie lebhaft die im Rheinland verbotene Organisation auch illegal arbeitet. In dem Rundschreiben wird ferner mit einer Aufhebung des Verbotes als mit einer unmittelbar bevorstehenden Tatsache gerechnet und die preussische Staatsregierung deswegen verhöhnt.

„Rechtssprechung“

Eine dringliche sozialdemokratische Anfrage

Gegen die allzu nachlässige Rechtssprechung bei nationalsozialistischen Ausschreitungen richtet sich eine Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Preußen. Sie erklärt, während sie die Nationalsozialisten gegen Ausschreitungen gegen Andersdenkende von Tag zu Tag mehr behandelte, die Rechtssprechung auch die schwerwiegenden Folgen diese Taten immer noch als Bagatelien. Hierdurch entsteht in der Bevölkerung das Gefühl, daß gegen Verbrechen und Mißhandlungen durch Nationalsozialisten ein wirksamer strafrechtlicher Schutz vom Staat nicht gemährt werde. Dieses Gefühl werde bekräftigt durch die Beobachtung, daß nationalsozialistische Anschläge im öffentlichen Raum außerordentlich häufig und präventiv gegen die Bevölkerung zugetragen würden, ohne daß dies von den sonst sehr strengen Gerichtsvorständen geahndet werde. Als Beispiel führt die Anfrage u. a. die bekannten Vorgänge im Schweidnitzer Prozeß an; ferner erwähnt sie ein Urteil der Strafammer Köln, das in dem Falle „Tuba verurteilt“ vor Urden und Wohnungen jüdischer Bürger von nationalsozialistischen Sturmabteilungen im Laft gerufen, wobei eine Verurteilung zu Geldstrafe erfolgte noch eine Beleidigung einzelner Juden gelehen habe. Die Interpellanten fragen, ob die Regierung bereit sei zu verhindern, daß das System der nationalsozialistischen Einschüchterung auf die Gerichtsbarkeit selber übergriffe.

Die deutsche Antwort auf Briand's Memorandum

Wie wir erfahren, wird die deutsche Antwort auf das französische Briand-Memorandum am 15. Juli, mittags, am Quai d'Orsay überreicht werden.

Kommunist von Nationalsozialisten erschossen

Braunschweig, 14. Juli (Eig. Drabt.) In Schöningen schossen Nationalsozialisten während eines Zusammenstoßes mit Kommunisten den kommunistischen Arbeiter Körner nieder. Körner erlitt einen Lungenschuß, dessen Verletzungen er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus erliegen ist.

Neue Tote in Hausdorf geborgen

Schwabach, 15. Juli. Den Bergbauarbeiten stellen sich jetzt auch neue Schwierigkeiten entgegen, da durch den Kohlenlauf seit zwei Stunden unvorhergesehen Wasser dringt. Unter diesen Umständen sind die Arbeiten mit größter Gefahr für jeden Teilnehmer der Bergbauarbeiten verbunden. In den letzten 48 Stunden gelang es, noch drei Tote zu bergen. Die Zahl der nicht Geborgenen wird mit 44 angegeben.

Aus aller Welt

Ein Ausflüglerauto verunglückt

Düsseldorf, 14. Juli. In Stodfeldort ist gestern ein Ausflüglerauto mit dem Fahrer eines Hamburger Fabrikbesizers einen Ausflug unternommen, lächer verunglückt. Am einen Zusammenstoß mit einem Auto zu vermeiden, zog der Führer des Ausflüglerautos die Bremse so hart an, daß der Wagen sich überstülpte und die Insassen unter sich begrub. Der Führer war sofort tot, seine Ehefrau litt eine mehrere Wochen erlitten schwere Verletzungen und mußten dem Allgemeinen Krankenhaus zugeführt werden. Die übrigen Verletzten kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Der neue Lotteriespielplan

Mit der Erhöhung des Preises des Klassenloos von 120 auf 200 Mark ist eine grundlegende Änderung des Spielplans der Klassenlotterie verbunden, die in einigen Tagen offiziell bekannt gegeben werden soll. Ueber den wesentlichen Inhalt der Reform macht die B. Sta. u. a. folgende Mitteilungen: Mehrere Klassenlotterien in Höhe von rund 30 Millionen, werden durchweg auf Vermehrung der mittleren und kleineren Gewinne von etwa 3000 bis 20 000 Mark verwanbelt. Die Zahl dieser Gewinne wird bis in manchen Kategorien bis auf das Vierfache erhöht. Die Tendenz der Reform ist, das Spielen und größere Auslösten auf ein großes Los hinauszuweisen zu bieten. Wie das Spiel weiter mittelt, hatten sehr kapitalstärkliche Finanzgruppen den Verluh gemacht, die Klassenlotterie in eigene Regie zu bekommen. Doch scheiterten diese Bestrebungen an dem Widerstand der amtlichen Stellen.

Motorrad rast in einen Zug Ausflügler

Castrop, 14. Juli. Ein schweres Motorradunfall ereignete sich gestern nach in dem Stadtteil Schwern. Ein Motorradfahrer fuhr beim Ueberholen plötzlich in einen Zug von einem Ausflügler zurück. Der Fahrer wurde schwer verletzt. Die Insassen wurden durch einen sofortigen Rettungsversuch von dem Unfallort entfernt. Die Verletzungen sind schwer. Ein Bergmann erlitt lo schwere Verletzungen, daß er kurz darauf starb.

Ein Opfer des Bornholmer Flugbootunglücks

Kolberg, 14. Juli. Ein Schiffer fand heute etwa 5 Stunden von Kolberg entfernt eine mit einer Schwimmweste versehene männliche Leiche auf. Die in Kolberg vorgenommene Untersuchung ergab, daß es sich um einen Fluggast des bei Bornholm verunglückten Flugbootes 864 handelt. Die vorgedundenen Papiere sollen auf den Namen Gerbert aus Hattinien in Westfalen lauten.

Die Düsseldorf Mordunteruchung

Düsseldorf, 15. Juli. (Zuntz). Die Düsseldorf Justizpressestelle teilt zu den Meldungen mehrerer Berliner Zeitungen, daß der Mordmörder Kürth sein Geständnis widerrufen habe, folgendes mit: Die von der Kriminalpolizei im Ermittlungsverfahren geleisteten Arbeiten sind in hervorragendem Maße der Aufklärung dienlich gewesen und haben Kürth schwer belastet. Eine Abmündung dieses Tatverdachts ist im Laufe der gerichtlichen Vorunteruchung nicht eingetreten. Umgekehrt haben vielmehr die weiteren Auslassungen des Kürth um die Ermittlungen zweier Feindstaaten diesen Tatverdacht noch verstärkt. Von einer Stodung im planmäßigen Verlauf der Vorunteruchung kann keine Rede sein. Die darüber in der Presse verbreiteten nichtamtlichen Nachrichten sind unzutreffend.

Schließung der Berliner Lichtspieltheater zum 15. Juli verjöhben

W.B. Berlin, 14. Juli. Die für den 15. Juli beabsichtigte Schließung der Berliner Lichtspieltheater, die für viele Arbeiter und Angestellte Arbeitslosigkeit bedeutet hätte, ist in der letzten Stunde durch einen einmütigen Beschluß des Verbandes der Lichtspieltheater hinausgeschoben worden. Den Mitgliedern des Verbandes wurde jedoch empfohlen, mit dem Personal für eine Kündigungsfrist zu vereinbaren. Die Verhandlungen um eine allgemeine Verabredung der Lichtspieltheater sollen fortgesetzt werden.

Der Tod in den Bergen

Kölnheim, 14. Juli. Am Totentisch am Wilden Kaiser führten der Buchdruckerlehrling Otto Schwarz und der Mechaniker Hermann Lindner, beide aus Kölnheim, ab und waren auf der Stelle tot. Die Leichen wurden nach Kufftein gebracht.

Ueberflutungsstauungstrophe in Korea

Söul, 4. Juli. Riese Ueberflutungen haben in den letzten Tagen in ganz Korea große Verheerungen angerichtet. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind 78 Personen ertrunken, 28 erlitten schwere Verletzungen, 30 werden noch vermisst. Im westlichen Korea und Taikende obdachlos.

Gemeindepolitik

Gemeinderatsbeschlüsse

Sölingen (Sitzung vom 11. Juli.)

Für den Selbsthilfebund Deutscher Körperbehinderter wird eine Gabe von 5 M. bewilligt. Auf erneutes befristetes Schreien wird der Urlaub des Gemeindevorstehers auf die Zeit vom 20. Oktober bis 10. Oktober festgelegt und dessen Stellvertreter gleichzeitig bestimmt. Die in der vorletzten Sitzung behandelte und abschließend beschlossene Friedhofsanlage eines Sölinger Bürgers soll durch persönliche Inaugenscheinnahme mit dem Geschäftsführer nochmals geprüft werden. Die auf Veranlassung der Bezirksbaukontrolle durch Bezirksamt an den Gemeinderat ergangene Verfügung, die Handhabe des Feuerhutes der höchstgelegenen Anwesen betr., wird dem Kommando der Freiwilligen Feuerwehr zur praktischen Prüfung übergeben. Ein Bürgerantrittsgesuch wird genehmigt. Ein Gesuch um Ermäßigung der Gebührenden für die Vermählung des Gemeinderats in Sachen Gemeindevorstände für 1928 Vermählung eingelegt, soll entsprechende Antwort gegeben werden. Einem Gesuch um Stundung rückständiger Gemeindevorstände wird zugestimmt. Zwei Gebäudeerschließungen werden verabschiedet. Im neuen Schulhaus sollen die nachgelassenen Stühle angebracht werden. Ein abgängiger Buchfahrrad soll verkauft werden. Einem Gesuch um Ermäßigung des Wasserzinses kann nicht entsprochen werden. Die nachgelassene Erstellung einer Pfaderrinne bei Julius Leicht wird angelehnt der mündlichen Finanzlage vorerst zurückgestellt. Dem Ansuchen der Forstverwaltung, in Anbetracht des guten Waldtragnisses im laufenden Jahre um einen außerordentlichen Holzschlag einzuwirken, wird, voraussetzlich der Genehmigung durch den Bürgerausschuß, zugestimmt. Für die innerhalb des Gemeinderats angeregte Einführung einer örtlichen Biersteuer zur Ausgleichung des diesjährigen Haushalts erhält der Bürgermeister Auftrag zur Beschaffung der nötigen Unterlagen.

Gewerkschaftliches

Aus der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung

Am 13. Juli tagte im „Friedrichshof“ in Karlsruhe der Verband der geprüften mittleren Beamten Badens — einjähriger mittlerer Dienst. Im Kernpunkt der Tagung stand der Anschluß an den Verband der Beamten und Angestellten der Reichs- und Staatsverwaltungen (RBA). Nach dem auf ausgearbeiteten instruktiven Referat des Vorsitzenden des Bundes Kollege Ruge (Berlin) über beamtens- und besoldungsrechtliche sowie organisatorische Fragen, das einen Beifall auslöste, wurde der Anschluß an die Eigenorganisation des RBA einstimmig beschlossen und mit sofortiger Wirkung der Landesverband Baden ins Leben gerufen. In den geschäftsführenden Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Koll. Drollinger, 2. Vorsitzender Kollege Hummel, Schriftführer Koll. Fr. Kraatz und Kassier Koll. Maner. Mit einem Appell an die Bezirksgruppenführer zur Werbung für den VDB wurde die Tagung geschlossen.

MAGGI'S Bratensoße

Ein neues Erzeugnis der MAGGI-Gesellschaft

Kochfertig — Nur kurze Zeit mit Wasser zu kochen
1 Würfel für gut 1/4 Liter vorzügliche Bratensoße 15 Pfg.



Badisches Landestheater Karlsruhe

Zahlenmäßiger Rückblick auf die Spielzeit 1929/30.

Das Schauspiel brachte im ganzen 41 verschiedene Werke zur Aufführung, darunter 22 Erstausführungen, deren 5 im Sonderausflug des „Zeittheaters“ erschienen. Es sind dies: „Der Bräutigam“, „Die Jugend“, „Baumers“, „Krisis“, „Leonhard Franks“, „Karl und Anna“, „Brecht-Weills „Dreiarsohnen“, und „Fintelnburgs „Amnelt“. Von den 9 Neueinführungen entfallen 7 auf Werke der Weltliteratur und zwar Goethes „Faust“ I und II und „Torquato Sallio“, Kleists „Rathen von Heilbronn“, Lessings „Minna von Barnheim“, Schillers „Don Carlos“ und „Maria Stuart“, Shakespeares „Othello“.

Die höchste Zahl der Wiederholungen einschließlich der Volksübungen- und Schüleraufführungen erreichte Scheriffs „Die andere Seite“ mit 13, Goethes „Faust“ II mit 12, wie auch Corinths „Trojaner“ mit 12, Goethes „Faust“ I mit 11, ebenso Redfichs „Herrn Affäre Drenius“ und von der Trends „Christindens „Herrn Buch“ mit 11, Friedrich Wolfs „Kolonie Bund“ mit 9, Kleists „Rathen von Heilbronn“ und Lessings „Minna von Barnheim“ mit 8 und Brecht-Weills „Dreiarsohnen“ mit 7 Aufführungen.

Die Oper brachte im ganzen 38 verschiedene Werke, darunter eine Uraufführung, nämlich Offenbachs „Briganten“, 5 Uraufführungen, 14 Neueinführungen und 18 Wiederholungen. Der Weltliteratur gehören hiervon 28 Werke an, darunter die zur Erstausführung gelangene „Alcina“ von Händel; aus der neueren und neuesten Opernliteratur erschienen 3 Werke, darunter — als Erstausführung — Charpentiers „Louise“ und Weinbergers „Schwanza, der Duelleffelder“.

Die höchste Zahl der Wiederholungen erreichte die Operette „1001 Nacht“ von Johann Strauß mit 11, Maillaris „Glöckchen des Eremiten“ mit 10, Wagners „Lohengrin“ mit 9, Mozarts „Figaros Hochzeit“, „Aliberts „Tiefen“ und Halls „Bibler Bauer“ mit je 8 Wiederholungen. An zwei Abenden fanden Gastspiele statt, und zwar eines der japanischen Sängerin Tosita Bentes als „Madame Butterfly“ und eines der schwedischen Sängerin N. Korjen-Loofen als „Nolle“ in Wagners „Tristan und Isolde“.

Das Ballett bot drei verschiedene Vorstellungen mit „Coppelia“ von Delibes, „Der arme Reinhold“ von Groß mit je 3 und einer „Lampyrite“ von Tschaikowsky mit 6, also im ganzen mit 12 Auf-

führungen. Ferner fanden 6 Halbnachts-Kabarett-Aufführungen und ein Gastspiel der deutschrussischen Kleinfunktionäre „Der blaue Vogel“ statt. Eine Sonntag-Morgen-Vorstellung brachte einen Vortrag des Transmissionsleiters Expedient Schmitt.

Das Landesheater-Orchester bot 10 Sinfonie-Konzerte (davon 1 in der Festhalle) und 6 Volks-Sinfonie-Konzerte (sämtlich in der Festhalle), außerdem 2 Sonderkonzerte am 20. und 21. September, ein Sonderkonzert zum Händelfest.

Die Veranstaltungen des Landesbetheaters ergaben für 299 Spiel-nachte insgesamt 403 Aufführungen. Davon entfallen auf das Schauspiel mit Einschluß von 9 auswärtigen Gastspielen 206, auf die Oper mit 19 auswärtigen Gastspielen 166, auf das Orchester 19. Dazu kommen die drei Tanzabende, die 6 Halbnachts-Kabarettvorstellungen, das Gastspiel „Blauer Vogel“, ein Bunter Abend in Pforzheim und 1 Sonntag-Morgen-Vortrag.

Was bringt die Karlsruher Sommeroperette?

Operetten-Direktor Norden entwarf vor einiger Zeit im kleinen Saale des Konzerthauses sein diesjähriges Sommeroperettenprogramm, das nur dann einen Sinn haben könnte, wenn es auch so eingehalten würde. Als einjähriger Operetten-Direktor am früheren Karlsruher Hoftheater sei er betrieht, die Operette auf dem damaligen Grad der Leistungen zu halten. Er werde einerseits die moderne Operette pflegen, Werke, die bis jetzt hier noch nicht aufgeführt worden seien und andererseits die klassische Operette. Zur Eröffnung bringt Direktor Norden „Die goldene Weisterrin“, eine Renaissance-Operette, die in Wien 300 Aufführungen erlebt habe. Dann soll in neuer Inszenierung „Volenblut“ herauskommen. Als dritte Operette sei „Das Land des Vahelns“ von Behar in Aussicht genommen, anlässlich seines 80. Geburtstages. Als Hauptausgangspunkt habe er die Kammerlängerin Vera Schwarz gewonnen, für die ein Donator von 1000 M. pro Abend vorgelassen ist. Vera Schwarz sei nach der Vertriebe die höchstbezahlte Sänglerin in ihr Auftreten sei für Karlsruhe eine Sensation. So Karlsruhe selbst habe Frau Schwarz in letzten Beziehungen, als sie als Blüthlinge Sängerin leinereit unter Direktion Bogin im Karlsruher Siedgarten-Theater zum erstenmal aufgetreten sei. Auf Grund freundschaftlicher und kollegialer Beziehungen ist es Direktor Norden gelungen, Vera Schwarz zu gewinnen, die nach von ihrem damaligen ersten Auftreten her eine alte und angängliche an Karlsruhe bewahrt habe.

Ueber die übrigen Kräfte im voraus zu sprechen, erachte er für verflüht. Es müsse jeder zuerst zeigen, was er könne. Er möchte aber doch einiges zu der Person und dem Entwicklungswege seiner von ihm engagierten Künstler sagen.

Als Kapellmeister habe er Dr. Bernhard Grün, der nicht nur ein begabter Dirigent sei, sondern auch als Komponist große Erfolge gehabt habe, verpflichtet. Grün sei ein eminentes Musiker, der eine große Zukunft vor sich habe. Er sei der Autor der Jass-Operette „Mik Schokolad“, „Choffel“ und sei 12 Jahre als Musikkritiker am Prager Tageblatt tätig gewesen.

Der Direktor Norden in diesem Jahre sein 25jähriges Bühnen-jubiläum feiert (am 25. Juli d. J.), so hat er die Absicht, aus diesem Anlaß eine Neuinzenierung „Der schönen Helena“ herauszubringen. Um die Jass-Musik nicht zu vernachlässigen, werde er dabei in den Zwischenakten in der Wandelhalle die hier vortreffliche Kapelle Mahagoni 5, das neueste auf diesem Gebiet spielen lassen. Dann sei die Jass-Operette „Mik Schokolad“ vorzulegen. Zuletzt käme noch eine Neuinszenierung an die Reihe. Wenn die diesjährige Sommeroperette von Erfolg besetzt sei, gebek Direktor Norden die Saison noch um 14 Tage zu verlängern, bis zur Eröffnung des Landesbetheaters.

Um Fühlung mit dem Publikum zu nehmen, würden in jede Woche im Künstlerhaus bzw. im Tiergartenrestaurant Musikabende mit Tannu veranstaltet, wobei einzelne seiner Leute mit Solo- bzw. Ensemble-Vorträgen aufwarten würden. Die Eintrittspreise seien entsprechend der wirtschaftlich schlechten Lage sehr niedrig gehalten und er werde Sorge tragen, daß er bei gutem Besuch beibehalten könne.

Sämtliche Operetten seien neu ausgestattet. Für die szenische Ausstattung habe er Torsten Hest vom Landesbetheater gewonnen, dem er besonders in „Der schönen Helena“ Gelegenheiten geben werde, seine fantastischen Zügel spielen zu lassen. Die Kostüme, 800 an der Zahl, habe er aus Wien bestellt.

Ein Preisauschreiben adreht Direktor Norden noch zu veranstalten, um vom Publikum zu erfahren, welche Operette am meisten angeprochen hat und die er dann nochmals zur Aufführung bringen will. Diejenigen, die richtig geraten hätten, würden dann nur sehr niedrige Eintrittspreise zu bezahlen haben. Für die drei Volksübungen sei das Konzerthaus jeweils der Montag in der Woche schon im voraus vorbehalten. Das Orchester habe er dies mal unter strenger Zucht neu zusammengesetzt, so daß erstklassige Leistungen zu erwarten sind. 10 Damen und 8 Herren habe er vom Chor des Landesbetheaters herübergenommen und ebenso sei ein Teil des Balletts von ihm verpflichtet worden.

Die Polizei berichtet:

Diebstähle

Am Samstag vormittag wurde der Koffer nach dem Pianobau...

Einer Familie in der Karl-Wilhelm-Strasse wurde ein Zwer...

Einem Restaurateur von hier entwendete ein unbekannter T...

Seit Samstag wurden 6 Fahrräder gestohlen. Zwei vermutlic...

Das am Samstag abend in der Akademiestraße gestohlene M...

Von Hunden gebissen

Am Samstag wurde das 13 Jahre alte Töchterchen eines Kauf...

Unfälle

Auf dem Sportplatz in der Honeltstraße wurde am Montag m...

Am Montag vormittag erlitt ein verheirateter 50 Jahre alter...

Schlägereien

Am Montag abend wurde der Notruf zu einer Schlägerei nac...

Ein verheirateter Arbeiter von hier gelangte zur Anzeige, we...

In einer Wirtschaft in Durlach kam es am Sonntag abend zu...

Letzte Nachrichten

Poincaré's Saar-Imperialismus

Paris, 15. Juli. (Funkdienst.) Im Exzeß tritt Poincaré he...

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun?

Berlin, 15. Juli. (Funkdienst.) Die Reichsregierung beab...

Sport

Fußball

Freie Turnerschaft Breiten 1. - Borussia-Eudenberg 1. 2:1; Fre...

Hagelsfeld 1. - Reintensbach 1. 11:2 (6:1)

Mit einer katastrophalen Niederlage wurde in diesem Serien...

Arbeiter-Schützen

Am 6. Juli fand in Lindeheim auf dem neu erbauten Schieß...

Gesamtergebnisse:

Ortsgruppe Karlsruhe A-Klasse 6070, B 1. Klasse 6070, B 2. Klasse 5087...

Többlingen. Hier wurde in letzter Zeit eine Ortsgruppe des Arb...

Aus der Stadt Durlach

Städtische Volksbücherei

Am 18. Juli wird die Städtische Volksbücherei für die Dauer...

Kleine bad. Chronik

Weiber (M. Bruchsal), 14. Juli. Tödlicher Sturz. Fräulein...

Sulzfeld, 12. Juli. Ein schwerer Autounfall. Am Ausgang der...

Neubrunn, 13. Juli. Am Freitag, den 11. d. M. fand in der...

Weil (A. Pörsch), 14. Juli. Beim Rangieren verunf...

Tageskalender

der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Allstadt

Am Mittwoch, 16. Juli, abends 8 Uhr, findet im „König von...

Arbeiterwohlfahrt

Am Donnerstag, den 17. Juli, abends 7.30 Uhr, wichtige...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle. 11. Juli: Hilina Bedmann, 33 J. alt, ledig, Hau...

Auskünfte der Redaktion

H., Hagelsfeld. Fußballbericht war für die Montag-Nummer zu...

Saueneberlein. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, für die eine...

Einladung aus Baden-Baden. Wenn Sie den Volksfreund vom...

N. 100. Als Vagabund sind Sie nach dem Gesetz nicht Ar...

Reichsbanner

Schwarz-Rot-Gold

Mittwoch, 16. Juli, 8.30 Uhr abends, Versammlung der Aktiven...

Veranstaltungen

Mittwoch-Nachmittagskonzert im Stadtpark. Bei gutem Wetter findet...

Union-Theater: Hundsvogel. *
Schauburg: Der junge Herr (Konfilm)
Bühnenverein, Stadthaus 3: Aufführung babischer, außerhalb Ba...

Bretten

Aus der Gemeinderatsung vom 8. Juli

Auf ein Gehuch um Zahlungsstundung und zwei Gesuche um Er...

Die Feind-Feuerwehr benötigt zur sachgemäßen Schlauchtro...

Nachdem ein städtisches Schwimmbad und Sonnenbad eingerichtet ist...

Nach der im Jahre 1929 vorgenommenen Zählung der wichtigsten...

Die Gärten vor den Anwesen der Frau Bertha Federer und der...

Die Hagzone soll dem Betrieb übergeben werden, sobald sie fert...

Ein Gehuch für eine kleine Bauausführung und ein solches um...

Das Evans, Stadtparkamt hat dem Gemeinderat für die warms...

Für die Beflaggung städtischer Gebäude die Vereinstischlerei...

Auf das Gehuch an den Landtag wegen Übernahme der Wilhelm...

Die Verhandlungen wegen Übernahme einer Bierabgabe zur Erg...

Auf das Gehuch an den Landtag wegen Übernahme der Wilhelm...

Chefredakteur Georg Schöblich. Verantwortlich: Polit. Freiw...

Achtung!

Ca. 8000 Stück neue
Kaffee-Säcke
aus hartem Handbrust...

Handtücher

anfertigen.
Preis je 2 Stk 68 Pf.
1 Stk = 2 Hand...

Beerenwein.

Zur Bereitung des...

Willi Buman,

Verlagsdruckerei
Volksfreund g.m.b.H.
Karlsruhe, Waldstr. 21

